

VEREIN ZIVILGESELLSCHAFT

Beiratssitzung vom 29. Oktober 2008

Zusammenfassung

René Scheu

Fussball und Schule haben etwas gemein: So wie die meisten in ihrem Leben den Ball getreten haben, so hat auch jeder die Schulbank gedrückt. Es erstaunt deshalb nicht, dass die gegenwärtigen Debatten über die Schule von morgen den hitzigen Diskussionen über die beste Aufstellung der Nationalmannschaft in nichts nachstehen. Wenn alle Beteiligten über einschlägige Erfahrung auf einem Gebiet verfügen, gibt es nur Experten. Daraus folgen im Allgemeinen zwei Dinge: Alle glauben zu wissen, wie man es besser machen könnte. Und alle glauben sich zu erinnern, dass es früher so schlecht auch nicht gewesen sei, dass man mithin gar nicht so viel zu ändern brauche. Zwischen diesen beiden Extrepositionen bewegte sich auch die anregende Debatte, die im Rahmen der Beiratssitzung des Vereins Zivilgesellschaft – unter Beizug ausgewiesener Bildungsexperten – geführt wurde.

Das Thema „Schule für morgen – Schule von morgen – Schulen der Zukunft“ ist ein weites Feld. Versteht man unter Schulen Bildungseinrichtungen in einem umfassenden Sinne, reichen sie von den Primarschulen bis hin zu den Hochschulen. Sie begleiten die heutigen Menschen gleichsam ein Leben lang. Alle Diskutanten waren sich darin einig, dass die von den Schulen wahrgenommene Funktion der wissensbasierten Begleiter von zentraler Bedeutung ist. Dabei haben die Schulen die Zukunft nicht neu zu erfinden und ebenso wenig zu antizipieren,

sondern die gegenwärtigen, sowohl lebensweltlichen als auch strukturellen Umwälzungen der westlichen Gesellschaften nachzuvollziehen.

Dass sich unsere Gesellschaft im Umbruch befindet, war unabhängig davon, ob man die Veränderungen nun begrüsst oder nicht, weitgehend unbestritten – es fielen Stichworte wie „Individualisierung“, „Patchwork-Familien“ und „Immigration“, aber auch „Wissensgesellschaft“ und „Globalisierung“. Das Problem ist nur, dass kaum Einigkeit darüber hergestellt werden kann, welche Konsequenzen die Umwälzungen nach sich ziehen, welche davon vordringlich sind und welchen die Schulen wie zu begegnen haben. Angesichts solcher Ungewissheit liegt es nahe, die Schule auf ihre bewährten Aufgaben zu verpflichten: Rechnen, Schreiben, Lesen, Allgemeinbildung, Orientierungswissen. Aber reicht dies wirklich, um die Schüler von heute fit zu machen für die gesellschaftlichen und beruflichen Herausforderungen von morgen? Umgekehrt wurde auch die Frage aufgeworfen, ob Schulen, die den Lernenden vor allem berufliche Qualifikationen vermitteln und sich kaum um klassische Bildungsinhalte kümmern, nicht einem kurzfristigen Denken aufsitzen. Wie sollen sie kritische und engagierte Menschen hervorbringen, die bereit sind, später gesellschaftliche, politische und unternehmerische Verantwortung zu übernehmen?

Schulen sind – Verschulung hin oder her – nach wie vor Institutionen, an denen nicht nur Bildungsinhalte vermittelt, sondern die Lernenden auch in ihrer Persönlichkeit gebildet werden. Sie bewegen sich deshalb per definitionem in einem gesellschaftlichen Spannungsfeld zwischen Privatautonomie und Öffentlichkeit, zwischen Familie und Staat, zwischen demokratischem Auftrag und Erfordernissen der Berufswelt. Wenn Ansprüche an die Schulen gestellt werden, die keine einzelne Institution abdecken kann, besteht der einzige Ausweg in einer Ausweitung des Angebots. „Vielfalt“ ist das Zauberwort. Einer hochgradig differenzierten Gesellschaft ist bloss ein vielfältiges Bildungssystem angemessen.

Um den zahlreichen Bedürfnissen einer komplexen Gesellschaft gerecht zu werden, bedürfen die Schulen – egal auf welcher Stufe – maximaler Autonomie. Sie müssen einen Leistungsauftrag erfüllen, der von der Politik vorgegeben und also demokratisch legitimiert ist, ansonsten aber sollen sie die Möglichkeit haben, ihr eigenes Profil, ihre eigenen Stärken zu entwickeln. Dies führt zu einem fruchtbaren Wettbewerb unter den Schulen und also zur Wahlfreiheit der Lernenden bzw. ihrer Eltern, die sich für jene Option entscheiden können, die ihnen bzw. ihren Kindern am ehesten entspricht. Ein solches wettbewerbsfreundliches System, in dem sich private und öffentliche Schule eher ergänzen als konkurrenzieren, garantiert qualitativ hochstehende Bildungsangebote, von denen letztlich alle Beteiligten – Lernende, Eltern, Lehrende – profitieren.

Der helvetische Föderalismus bietet optimale Voraussetzungen, um ein solches vielfältiges Bildungssystem auf allen Stufen umzusetzen. Zugleich birgt er jedoch die Gefahr, dass die einzelnen Bildungseinrichtungen nur noch eingeschränkt kompatibel sind. Diese Problematik zeigte sich in angeregten Debatten über das „Harmos“-Konkordat (interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule) und das „Bologna“-System auf Universitätsstufe (Erklärung von Bologna über die Harmonisierung der europäischen Universitäten). Wie viel Harmonisierung braucht das Schweizer Bildungssystem? Oder anders gefragt: Wann kippt die Harmonisierung in Gleichschaltung, wann beginnt sie mithin die Autonomie, die Lern- und Anpassungsfähigkeit der Bildungseinrichtungen in empfindlicher Weise zu beschneiden – und die Bürokratie ein Eigenleben zu entfalten, in dem das Bildungswesen verknöchert und erstarrt?

Eine einfache Antwort auf diese Frage gibt es nicht. Niemand wird bezweifeln, dass es gewisser Rahmenbedingungen bedarf, die ein Mindestmass an Kompatibilität garantieren. Umgekehrt besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass ein vielfältiges und differenziertes System besser ist als ein uniformiertes. Wo genau die Grenze verläuft, darüber wird sich die Gesellschaft in öffentlichen Debatten verständigen und mit demokratischen Mitteln einigen müssen. Dabei ist klar: Ohne Zugeständnisse von beiden Seiten – den Anhängern und den Gegnern der Harmonisierung – geht es nicht. Doch steht bei demokratischen Einigungsprozessen oft nicht die Sache im Vordergrund, sondern die persönlichen Interessen jener, die mit der Sache in irgendeiner Art und Weise – persönlich, politisch, professionell – verbunden sind. Bleibt zu hoffen, dass sich alle Beteiligten trotz allem an jenen übergeordneten Interessen orientieren, um die es letztlich geht: die Interessen der Lernenden.